



Entwurf einer Resolution zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien

Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, von der GEW (Deutschland) und unterstützt von der NASUWT (Vereinigtes Königreich) zur Annahme vorgelegt

Die Konferenz des Europäischen Gewerkschaftskomitees für Bildung und Wissenschaft (EGBW), die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, spricht sich gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien, das derzeit vom Europäischen Parlament ratifiziert wird, aus. Es gibt laufend Belege für die kontinuierliche Verletzung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Kolumbien. Laut Beweisen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) vorliegen, wurden im Jahr 2011 35 Gewerkschaftsaktivisten in Kolumbien getötet. Mindestens 69 Gewerkschafter wurden in den ersten zwei Regierungsjahren von Präsident Santos ermordet. Lehrer sind ganz besonders von dieser Gewalt betroffen. Im vergangenen Jahr wurden 17 Mitglieder der Bildungsgewerkschaft FECODE Opfer politisch motivierter Morde. Eines der Hauptprobleme ist die weitverbreitete Straffreiheit. Laut eines Berichts des UN-Entwicklungsprogramms von 2012 kommen die Täter in 95% der Fälle ungestraft davon. Lehrer sind aufgrund ihrer Arbeit auch weiterhin mit falschen Anschuldigungen durch die kolumbianischen Behörden und mit Freiheitsstrafen konfrontiert. Omar Combita, ein Mitglied der FECODE, ist seit dem 2. Oktober 2011 inhaftiert und anhand zweifelhafter Beweise der „Rebellion“ beschuldigt. Ein rechtmäßiges Verfahren wurde ihm bisher verwehrt. Kapitalverbrechen werden nur selten aufgeklärt und bestraft. Selbst Befürworter des Freihandelsabkommens leugnen diese Probleme nicht.

Die Resolution B7-0114/2012 des Europäischen Parlaments vom 13. Juni 2012 zu Kolumbien zeigt, dass die Mitglieder des Parlaments diese Anliegen ernst nehmen. Die Resolution geht nicht weit genug, obwohl sie detaillierte Vorschläge und Forderungen an die kolumbianische Regierung und die Europäische Kommission zur Lösung der Probleme enthält. Sie bleibt vage im Hinblick darauf, wie künftig Sanktionen eingeführt werden. Die Resolution basiert auf einer sogenannten „Road Map“, die nach dem Modell eines ähnlichen Freihandelsabkommens zwischen den USA und Kolumbien erstellt wurde. Selbst nach Unterzeichnung des Abkommens hält die Serie der Morde an und zentrale Punkte der „Road Map“ werden nicht umgesetzt.

Die EGBW-Konferenz ruft die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, ihre Mandate im Interesse der Durchsetzung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte einzusetzen und das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien abzulehnen.